

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Catrin Wahlen (GRÜNE)**

vom 21. November 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. November 2023)

zum Thema:

Budget für Arbeit und Budget für Ausbildung II

und **Antwort** vom 8. Dezember 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 8. Dezember 2023)

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Frau Abgeordnete Catrin Wahlen (GRÜNE)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/17 392
vom 21. November 2023
über Budget für Arbeit und Budget für Ausbildung II

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung: Die Schriftliche Anfrage betrifft teilweise Sachverhalte, die der Senat nicht in eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Um Ihnen ungeachtet dessen eine Antwort zukommen zu lassen, wurden die Landesunternehmen, d. h. die Unternehmen und Gesellschaften privaten Rechts mit mehrheitlicher Beteiligung des Landes Berlin und die wirtschaftlich bedeutenden Anstalten des öffentlichen Rechts, um Informationen gebeten, die von diesen in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat übermittelt wurden. Die zum aktuellen Stand vorliegenden Daten sind in dieser Antwort wiedergegeben.

1. Wie viele der in Drs. 19-17166 genannten 48 Budgets für Arbeit wurden
 - a. im Bereich des öffentlichen Diensts des Landes Berlin
 - b. in landeseigenen Unternehmen geschlossen?

Bitte tabellarisch nach Verwaltungen und landeseigenen Unternehmen sowie nach Tätigkeitsfeldern auflisten.

Zu 1 a.: Dem Senat liegen in der Gesamtheit keine validen Daten vor, die eine Auflistung für den Bereich des öffentlichen Dienstes des Landes Berlin ermöglichen, da entsprechende Daten gesamtstädtisch statistisch oder anderweitig nicht erfasst werden.

Zu 1 b.:

Landesunternehmen	Budgets für Arbeit
BEN Berlin Energie und Netzholding GmbH	1 - Tätigkeit in der Materialausgabe
Berliner Werkstätten für Menschen mit Behinderung GmbH (BWB)	5 , davon 2 - Produktionshelfer BWB 1 - Verwaltung BWB 2 - Partybereich Integra gGmbH (Tochtergesellschaft)
Gewobag Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin	1 - kaufmännische Tätigkeit

Fehlanzeige haben zum aktuellen Stand erstattet:

- BEHALA - Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft mbH
- Berliner Bäder-Betriebe (BBB) Anstalt des öffentlichen Rechts
- Berliner Großmarkt Gesellschaft mit beschränkter Haftung
- Berliner Stadtgüter GmbH
- Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) Anstalt des öffentlichen Rechts
- Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH
- BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH
- degewo Aktiengesellschaft
- Deutsche Klassenlotterie Berlin rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts
- Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung
- GESOBAU AG
- Grün Berlin Gesellschaft mit beschränkter Haftung
- HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung
- IBB Unternehmensverwaltung Anstalt des öffentlichen Rechts
- IT-Dienstleistungszentrum Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts
- Kulturprojekte Berlin GmbH
- Landesanstalt für Schienenfahrzeuge Anstalt des öffentlichen Rechts
- Messe Berlin GmbH
- STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mit beschränkter Haftung
- Tempelhof Projekt GmbH
- Vivantes - Netzwerk für Gesundheit GmbH

- WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mit beschränkter Haftung
- WISTA Management GmbH

2. Wie viele der in Drs. 19-17166 genannten 4 Budgets für Ausbildung wurden
- im Bereich des öffentlichen Diensts des Landes Berlin
 - in landeseigenen Unternehmen geschlossen?

Bitte tabellarisch nach Verwaltungen und landeseigenen Unternehmen sowie nach Tätigkeitsfeldern auflisten.

Zu 2 a.: Dem Senat liegen in der Gesamtheit keine validen Daten vor, die eine Auflistung für den Bereich des öffentlichen Dienstes des Landes Berlin ermöglichen, da entsprechende Daten gesamtstädtisch statistisch oder anderweitig nicht erfasst werden.

Zu 2 b.:

Landesunternehmen	Budgets für Ausbildung
BEN Berlin Energie und Netzholding GmbH	0
Berliner Werkstätten für Menschen mit Behinderung GmbH (BWB)	0
Gewobag Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin	0

Fehlanzeige haben zum aktuellen Stand erstattet:

- BEHALA - Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft mbH
- Berliner Bäder-Betriebe (BBB) Anstalt des öffentlichen Rechts
- Berliner Großmarkt Gesellschaft mit beschränkter Haftung
- Berliner Stadtgüter GmbH
- Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) Anstalt des öffentlichen Rechts
- Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH
- BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH
- degewo Aktiengesellschaft
- Deutsche Klassenlotterie Berlin rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts
- Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung
- GESOBAU AG
- Grün Berlin Gesellschaft mit beschränkter Haftung
- HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung
- IBB Unternehmensverwaltung Anstalt des öffentlichen Rechts
- IT-Dienstleistungszentrum Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts
- Kulturprojekte Berlin GmbH
- Landesanstalt für Schienenfahrzeuge Anstalt des öffentlichen Rechts

- Messe Berlin GmbH
- STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mit beschränkter Haftung
- Tempelhof Projekt GmbH
- Vivantes - Netzwerk für Gesundheit GmbH
- WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mit beschränkter Haftung
- WISTA Management GmbH

3. Wie viele Budgets für Arbeit und Budgets für Ausbildung ergeben sich in Landesbetrieben und landeseigenen Gesellschaften, wenn "mindestens ein Prozent ihrer Stellen mit Personen besetz[t] [werden sollen], die durch das Budget für Arbeit (und Budget für Ausbildung) gefördert werden" (Koalitionsvertrag CDU/SPD 2023-2026, S. 67)

Bitte tabellarisch nach Landesbetrieben und landeseigenen Gesellschaften auflisten.

Zu 3.: Dem Senat liegen in der Gesamtheit keine validen Daten vor, die eine Auflistung für den Bereich der Landesbetriebe und landeseigenen Gesellschaften mit aktuellen Stand ermöglichen.

Anzumerken ist, dass die Abteilung IV – Landespersonal – die Zuständigkeiten für die in der Senatsverwaltung für Finanzen angesiedelten landesweiten Themen der Personalpolitik bündelt. Neben den Grundsatzentscheidungen insbesondere zu den Personalausgaben und Personalbedarfen werden dort auch die Grundsatzangelegenheiten des öffentlichen Dienstrechts wahrgenommen. Im Bereich Demografiemanagement werden die Maßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels entwickelt und koordiniert. Das landesweite Personalmarketing und Personalrecruiting flankiert mit Personalgewinnungsstrategien. Darüber hinaus erstellt die Statistikstelle Personal regelmäßig Berichte auf Grundlage des Personalstrukturstatistikgesetzes zur Schaffung von Transparenz über Struktur und Entwicklung des Personalbestandes des unmittelbaren Landesdienstes. Mit der Leitstelle Diversity innerhalb der Abteilung IV gibt es seit Anfang 2020 eine zentrale Stelle, die für die Verknüpfung von Diversity-Strategien mit dem landesweiten Personalmanagement verantwortlich ist. Die Leitstelle verantwortet und koordiniert das Thema Diversity sowohl für das Personal innerhalb der Abteilung IV – Landespersonal, als auch auf landesweiter Ebene.

4. Welche Gründe führen laut dem Senat dazu, dass die jährliche Vermittlungsquote von Werkstattbeschäftigten auf den regulären Arbeitsmarkt unter 1% liegt, obwohl laut der LAG WfbM ca. 30% von Werkstattbeschäftigten auf dem regulären Arbeitsmarkt arbeiten könnten, wie bei der Strategiekonferenz Inklusion 2035 am 16.11.23 dargestellt wurde?

Zu 4.: Für die in diesem Kontext geäußerte Annahme der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für behinderte Menschen Berlin e. V. (LAG WfbM), ca. 30 % der in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen beschäftigten Menschen könnten auf dem regulären Arbeitsmarkt arbeiten, liegen dem Senat keine belastbaren Daten und Informationen vor. Es obliegt nicht dem Senat, zu dieser Annahme Stellung zu nehmen.

5. In welchem zeitlichen Rahmen soll das im Koalitionsvertrag festgelegte Ziel von einem Prozent erreicht werden?
6. Welche konkreten Maßnahmen und in Zusammenarbeit mit welchen Akteuren ergreift bzw. plant der Senat, um das im Koalitionsvertrag formulierte Ziel von mindestens einem Prozent der Beschäftigten bzw. der Auszubildenden mit dem Budget für Arbeit bzw. Budget für Ausbildung zu erreichen?
7. Inwieweit und in welchem Rahmen wurden bzw. werden Selbstvertretungsorganisationen und weitere Träger und Vereine außerhalb der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen in die Ausarbeitung dieser Maßnahmen einbezogen?
8. In welchem zeitlichen Rahmen und von wem werden die geplanten Maßnahmen evaluiert?

Zu 5. bis 8.: In Umsetzung der Richtlinien der Regierungspolitik wird das Ziel verfolgt, dass Landesbetriebe und landeseigene Gesellschaften mindestens ein Prozent ihrer Stellen mit Personen besetzen sollen, die durch das Budget für Arbeit (und Budget für Ausbildung) gefördert werden. Es sollen mehr inklusive Ausbildungsplätze durch den öffentlichen Dienst und die landeseigenen Unternehmen geschaffen werden.

Bis Ende 2025 sollen 100 Budgets für Ausbildung vereinbart werden. Die Jugendberufsagenturen und Reha-Abteilungen der Jobcenter sollen als Partner für bessere Aufklärung sowie für eine Kampagne für die Nutzung der Budgets gewonnen werden. Um Menschen mit Behinderungen gleichberechtigte Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt zu sichern, sollen im Zuge dessen die bestehenden Angebote, wie den Übergang zwischen Schule und Ausbildung von vollqualifizierenden Menschen, evaluiert werden.

Das Inklusionsamt in Berlin hat die Fortbildungsakademie der Wirtschaft (FAW) gGmbH mit der Durchführung der Aufgaben der „Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber“ gemäß § 185a SGB IX beauftragt. Die FAW soll Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber proaktiv ansprechen, beraten und unterstützen und für die Ausbildung, Einstellung und Beschäftigung von Menschen mit einer Schwerbehinderung gewinnen. Sie übernimmt eine Lotsenfunktion und ist auch bei Antragstellungen unterstützend tätig. Das Angebot steht für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber kostenlos zur Verfügung. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit stellt die FAW ihre Aufgabe der „Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber“ auf Messen oder geeigneten Veranstaltungen von Netzwerk- und Kooperationspartnern vor. Regelmäßigen Online-Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten, die die Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen betreffen, werden durchgeführt, an denen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber nach vorheriger Anmeldung teilnehmen können. Standort der Einheitlichen Ansprechstelle für Arbeitgeber in Berlin ist die Bundesallee 39-40A, 10717 Berlin. Die Beratungen können auch in dem Betrieb erfolgen.

Die jetzige Bundesregierung hat den Auftrag, das System der Werkstattentgelte so zu reformieren, dass es transparent, nachhaltig und zukunftsfähig wird. Aus diesem Grund hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) eine „Studie zu einem transparenten, nachhaltigen und zukunftsfähigen Entgeltsystem für Menschen mit Behinderungen in Werkstätten für behinderte Menschen und deren Perspektiven auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt“ in Auftrag gegeben. Die Studie dient dazu, ein transparentes, nachhaltiges und zukunftsfähiges Entgeltsystem in Werkstätten für behinderte Menschen zu entwickeln. Auch wurde untersucht, welche Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt für Werkstattbeschäftigte und Schulabgänger*innen von Förderschulen sowie andere Personen, die gegenwärtig als Zielgruppe der WfbM angesehen werden, bestehen. Aus den Forschungsergebnissen werden Handlungsempfehlungen zur Reform des Entgeltsystems und der Übergänge auf den allgemeinen Arbeitsmarkt abgeleitet. Nach aktuellem Stand werden die Ergebnisse der Studie seitens der Bundesregierung noch abschließend ausgewertet. Die Bundesländer – so auch Berlin – warten auf konkrete Umsetzungsvorschläge zur angekündigten Reform des Bundes für einen sich anschließenden Dialogprozess.

9. Zwischen welchen Akteuren wurde die Kooperationsvereinbarung abgeschlossen, im Rahmen deren seit Anfang 2023 ein Pilotprojekt zur Vermittlung von Werkstattbeschäftigten in Landesbetriebe und landeseigene Gesellschaften durchgeführt wird?
- Welche Ziele hat das Pilotprojekt?
 - Aus welchem Haushaltstitel in welcher Höhe und in welchem zeitlichen Rahmen wird das Pilotprojekt finanziert?
 - Welche Tätigkeitsfelder für Menschen mit Behinderungen, die aus der Werkstatt auf den regulären Arbeitsmarkt wechseln, wurden im Rahmen des Pilotprojekts bereits identifiziert?
 - Welche Maßnahmen im Bereich des Übergangsmanagements sind im Rahmen des Projekts vorgesehen?
 - Welche Evaluationsmaßnahmen sind im Rahmen des Pilotprojekts vorgesehen?

Zu 9.: Am 9. Dezember 2022 hat die ehemalige Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales gemeinsam mit dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) und der Senatsverwaltung für Finanzen eine Kooperationsvereinbarung mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für behinderte Menschen (LAG WfbM) geschlossen, um die Übergänge für Menschen aus den Behindertenwerkstätten in den öffentlichen Dienst des Landes Berlin zu erleichtern.

Zu 9 a. bis e.: Zu den in der Kooperationsvereinbarung enthaltenen Arbeitspaketen findet aktuell ein konstruktiver Austausch zwischen den Kooperationspartnern und weiteren Akteuren (Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber – EAA, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Rentenversicherung BB, DRV Bund etc.) auf Fachebene statt. Ein Schwerpunkt ist die Quote der Übergänge in den öffentlichen Dienst zu erhöhen.

Die Senatsverwaltung für Finanzen – zuständig für die im Land Berlin angesiedelten landesweiten Themen der Personalpolitik und des Landespersonals (entsprechend der Geschäftsverteilung des Senats von Berlin) – sieht hierfür vor, in Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern und weiteren Akteuren, ein „Pilotprojekt“ aufzubauen.

Berlin, den 08. Dezember 2023

In Vertretung

Aziz B o z k u r t

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung